

## Zur Person: Prof. Dr. Klaus J. Bade

Der Sozialhistoriker von der Universität Osnabrück ist seit Jahren ein viel gefragter Migrationsexperte mit steter Medienpräsenz. So war er stellvertretender Vorsitzender des Zuwanderungsrats der Bundesregierung (Süßmuth-Kommission) und ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge.

**INFO:** [www.kjbade.de](http://www.kjbade.de)



Die deutsche Politik vergeudet das **ARBEITSKRÄFTEPOTENZIAL** von Flüchtlingen, Aussiedlern und Gastarbeiterkindern, während immer mehr Hochqualifizierte ihre Zukunft im Ausland suchen, warnt der Migrationsforscher.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE PETER STEINMÜLLER

# > „Es gehen die Risikobereiten“

PROF. DR. KLAUS J. BADE

**Herr Professor Bade, Sie warnen vor der zunehmenden Abwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte ins Ausland. Aber ist deren Zahl wirklich so hoch, dass dies unsere Wirtschaftskraft gefährdet?**

**Bade:** Noch nicht, aber das kann sich ändern. Zunächst müssen wir berücksichtigen, dass die Abwanderungszahlen in der Spitze ein ganz anderes Gewicht haben als die im soliden Mittelfeld. Es macht eben einen Unterschied, ob 2.000 Bauarbeiter nach Skandinavien oder 500 Spitzenforscher in die USA gehen. Hinzu kommt, dass die Zuwanderung von Spitzenkräften rückläufig ist. Im vorigen Jahr wanderten 145.000 deutsche Staatsangehörige ins Ausland ab, so viele wie seit 1923 nicht mehr. Das hat natürlich auch mit den Mobilisierungseffekten der Globalisierung zu tun. Deshalb kann man solche Abwanderungszahlen nicht ohne Weiteres vergleichen. Schaut man sich aber die Wanderungsbilanz an, also den Saldo aus den Zu- und Abwanderungen deutscher Staatsangehöriger, dann ergibt sich ein klares Signal in Richtung Auswanderung: Wenn wir für das Jahr 2005 die Spätaussiedler außen vor lassen, haben fast 50.000 mehr Deutsche das Land verlassen, als zugezogen sind. Die Zahl der Spätaussiedler, die diese Wanderungsverluste an deutschen Bürgern bislang kaschiert haben, nimmt ständig weiter ab.

**Für Führungskräfte ist es völlig normal, nach einigen Jahren im Ausland wieder nach Deutschland zurückzukehren.**

**Bade:** Wir können aber aus Befragungen von wegziehenden Deutschen erkennen, dass der Anteil derer wächst, die mit offenem Zeithorizont gehen. Gleichzeitig ist die Option „Auswanderung“ in den Köpfen der Bevölkerung angekommen. Vor fünf Jahren war das für viele noch ein Thema des 19. Jahrhunderts. Laut einer Forsa-Umfrage beschäftigen sich heute gut sieben Prozent der Deutschen im besten Erwerbsalter ernsthaft mit diesem Thema, und 1,5 Prozent wollen tatsächlich auswandern – ob sie es dann auch tun, ist eine andere Frage.

**Also ist der viel beschworene „Brain Drain“ ernst zu nehmen?**

**Bade:** Mich stört die typisch deutsche Hysterie der Debatte. Wir haben uns drei Jahrzehnte fast die Schädel blutig

geschlagen über die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist. Jetzt diskutieren wir genauso aufgeregt, ob aus dem Standort Deutschland ein Auswanderungsland wird. Wir müssen jetzt aber pragmatisch bleiben und nicht in einen illusionären Interventionismus verfallen, wie beispielsweise der hessische Ministerpräsident Roland Koch, der unlängst in der Bildzeitung mit der Schlagzeile zitiert wurde: „Stoppt die Auswanderung!“ Zum Glück leben wir in einem Land, in dem sich die Bürger frei über die Grenzen bewegen können. Mit einem Mauerbau haben wir bekanntlich ausgesprochen schlechte Erfahrungen gemacht. Tatsächlich nähern wir uns ausgeglichenen Wanderungsbilanzen. Deutschland kehrt sozusagen in seine Geschichte zurück, in der es abwechselnd Ein- und Auswanderungsland und häufig sogar beides zugleich gewesen ist.

**Was sind die Beweggründe der Auswanderer?**

**Bade:** Hier spielen wirtschaftliche wie mentale Motive eine Rolle. Viele Mediziner und Naturwissenschaftler haben bei uns eine gut dotierte Position, glauben aber trotzdem, im Ausland bessere Perspektiven zu haben. In Großbritannien zum Beispiel verdienen Ärzte mitunter sogar etwas schlechter, haben aber bessere Arbeitsbedingungen. Früher beruflich akzeptiert zu werden, nach Leistung bezahlt zu werden – das sind für viele Ärzte ganz entscheidende Punkte. Zu solchen privilegierten Gruppen, die sich im Ausland verbessern wollen, kommen in geringerem Umfang jene, die gar keinen Job mehr haben oder deren Arbeitsplätze gefährdet sind und die Hartz IV und Ein-Euro-Jobs als Bedrohung empfinden. Zu den mentalen Motiven zählen die Argumente, die Auswanderer-Berater immer wieder zu hören bekommen: Überbürokratisierung, Erstarrung des Systems, Mangel an Flexibilität, Gestaltungsfreiheit und Entfaltungsmöglichkeiten. Ob solche düsteren Perspektiven stimmen oder nicht, ist eine ganz andere Frage. Aber die Vorstellungen sind so.

**Trotzdem sind diese Menschen Optimisten?**

**Bade:** Es gehen gerade die Selbstsicheren und Risikobereiten, die wir doch brauchen, und nicht jene, die in konzentrischen Kreisen die Sozialämter umschwirren. Und es gehen

Leute, die eine wie auch immer geartete Qualifikation mitbringen und bereit sind, auch außerhalb dieser Fachkompetenz etwas tiefer in der Hierarchie anzufangen und sich wieder hochzuarbeiten. Sie wissen, warum sie gegangen sind. Und wenn sie im Wunschland einmal auf die Nase fallen, dann probieren sie es eben erneut. Das klappt nur auf einem flexiblen Arbeitsmarkt. In Großbritannien etwa akzeptieren die Banken auch Bewerbungen von Historikern oder Sozialwissenschaftlern, wenn sie zum Ergebnis kommen: Das sind Leute mit einer guten akademischen Grundausbildung, die sind kreativ und können konzeptionell denken. Das Banking bringen wir ihnen dann lieber selber bei. In Deutschland ist so ein Training-on-the-Job oft noch sehr ungewöhnlich.

**Ist gestiegene Mobilität nicht ein internationales Phänomen, das auch andere Länder trifft?**

**Bade:** Selbstverständlich. Das kommt uns doch wirtschaftlich nur zugute. Wir haben geschlossene internationale Arbeitsmärkte von Konzernen wie Siemens, die dauerhaft zirka 100.000 Mitarbeiter im Ausland haben. Die viel gescholtene Green Card für Deutschland war ja im Ergebnis ein Erfolgsmodell. Denn 80 Prozent der Unternehmen, die sie in Anspruch genommen haben, waren mittelständische Betriebe, die nicht über einen internen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt verfügen.

**Die Green-Card-Einführung hat deutlich gemacht, dass Deutschland auf dem internationalen Arbeitsmarkt nicht besonders hoch angesehen ist. Welche Schlüsse ziehen Sie daraus?**

dern muss, wer sich wirtschaftlich im Aufnahmeland nicht aus eigener Kraft über Wasser halten kann. Wir haben das nicht befolgt. Das war nett in guten Zeiten, aber falsch in schlechten. Aber das betrifft weniger die Spitzenkräfte, sondern die gering Qualifizierten.

**Gerade sie drängen besonders stark nach Mitteleuropa. Wie kann hier gegengesteuert werden?**

**Bade:** Auf drei Wegen, Beispiel Afrika: Erstens durch die Bekämpfung der wirtschaftlichen Ursachen illegaler Zuwanderung in den Ausgangsräumen. Es geht um strategische und kontrollierte Entwicklungsförderung in produktiven Schlüsselbereichen. Mit der gescheiterten konventionellen Entwicklungshilfe hat das nichts zu tun. Zweitens durch die Bändigung privatwirtschaftlicher Interessen, die die Entwicklung von genau diesen Schlüsselbereichen blockieren: Billige, hoch subventionierte Agrarprodukte aus Europa ruinieren die einheimische Landwirtschaft in Afrika. Mildtätige Kleiderspenden landen als kommerzielle Billigprodukte auf afrikanischen Märkten und erdrosseln die einheimische Textilproduktion. Schwimmende Fischfabriken aus Spanien, Portugal und Asien treiben die afrikanische Küstenfischerei in den Ruin. Das hat in Somalia dazu geführt, dass die erwerbslos gewordenen Fischer ihre Boote zum Transport illegaler Einwanderer in Richtung Europa einsetzen! Drittens: Die Überweisungen von Arbeitswanderern, auch von illegal Beschäftigten, in ihre Heimatländer sind heute schon mehr als doppelt so hoch wie die internationalen Entwicklungszuflüsse und damit deutlich wichtiger.

## „Der Wohlfahrtsstaat hat die Selbstselektion bei Migrationsprozessen abgeschaltet.“

PROF. DR. KLAUS J. BADE

**Bade:** Weil die Höchstqualifizierten die Vereinigten Staaten und Großbritannien wesentlich attraktiver finden als die Bundesrepublik, bekommen wir oft ohnehin nur die zweite Garnitur. Aber auch die bringt noch hervorragende Qualitäten mit. In der weiteren Zukunft werden sich zunehmend ausländische Hoch- und Höchstqualifizierte mit hoher Leistungsbereitschaft zu Gehältern anbieten, die weit unter den hierzulande üblichen liegen. Wir werden Probleme mit diesem globalisierten Arbeitsmarkt bekommen, wenn Unternehmer dann vor die Alternative geraten, entweder hoch qualifizierte Billiglöhner nach Deutschland zu holen, was heute noch nicht möglich ist, oder die entsprechenden Abteilungen in deren Herkunftsland zu verlegen.

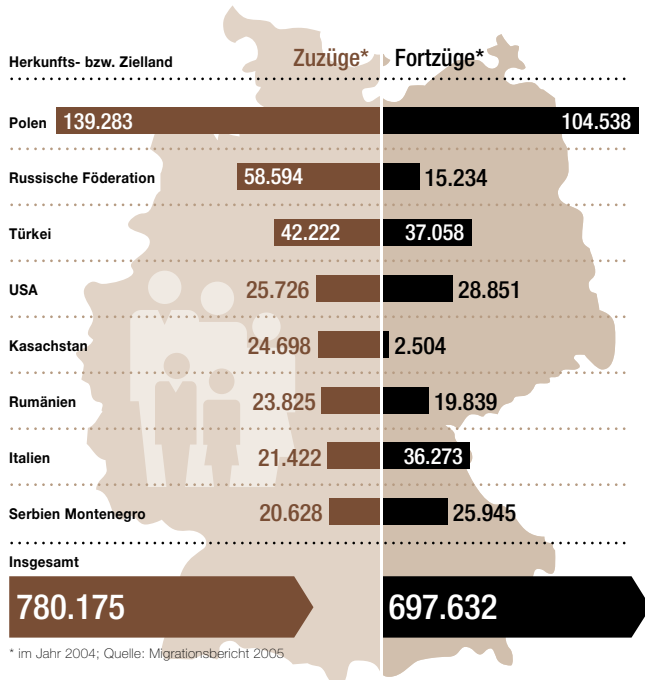
**Viele dieser internationalen Spezialisten ziehen nach ein oder zwei Jahren weiter in das nächste Land, sodass ihr Know-how nur kurz zur Verfügung steht.**

**Bade:** Dagegen spricht nichts, solange immer wieder Nachfolger einreisen. Die Integrationskosten sind niedrig, niemand schreibt diesen Jobnomaden vor, dass sie fließend deutsch sprechen müssen, solange sie das Grundgesetz in der englischen Übersetzung akzeptieren. Wir haben allerdings Probleme mit unserem Wohlfahrtsstaat, weil er die international übliche Selbstselektion bei den Migrationsprozessen abgeschaltet hat. Sie besagt, dass weiter- oder zurückwan-



## Deutschland: Ein- und Auswanderungsland zugleich

Die Tabelle zeigt es: Der hohen Zahl von Zuzügen steht eine fast ebenso große Zahl von Abwanderern entgegen. Bei Ländern wie Italien und Serbien-Montenegro übertrifft die Zahl der Fortzüge sogar jene der Einreisenden. Über 20 Prozent der Fort- und Zuzügler sind deutsche Staatsbürger.



### Wie wollen Sie diese finanzielle Unterstützung der Heimatländer durch Migranten fördern?

**Bade:** Arbeitswanderer könnten die Chance bekommen, für einige Jahre ohne Familiennachzug und Bleibeperspektive zur Arbeit in gesetzlich geschützte Niedriglohnbereiche zu kommen. Lügen wir uns doch nicht in die eigene Tasche: Wir finden trotz Kombilöhnen für diese Niedriglohnbereiche keine einheimischen Arbeitskräfte mehr, weil wir nicht imstande sind, unsere Transferleistungen den harten Fakten am Arbeitsmarkt anzupassen. Ausländische Niedriglöhner würden dort immer noch ein Vielfaches ihres Einkommens in ihren Herkunftsländern verdienen und könnten sich und ihren Familien damit eine bessere Existenzgrundlage in der Heimat aufbauen. Das wäre aufrichtiger, als die Schattenwirtschaft indirekt zu tolerieren, aber die Wirtschaftsflüchtlinge auf ihrem Weg dorthin zu bekämpfen. Dann wäre es auch legitimer, hart gegen illegale Zuwanderer vorzugehen, weil diese sonst die Löhne jener kaputt machen, die sich an die Regeln halten. Wer unerlaubt durchzubrechen versucht, wird biometrisch erfasst und für lange Zeit gesperrt.

**Sie kritisieren, dass die jahrzehntelange Zuwanderung nach Deutschland nicht unter dem Gesichtspunkt der Arbeitskräftegewinnung genutzt wurde. Sind die Chancen dafür jetzt besser, weil der Wanderungsdruck gesunken ist?**

**Bade:** Die meisten Zuwanderer mit Bleibeabsicht kommen unter dem Schutz unserer Gesetze. Das gilt für den Familien- und insbesondere Ehegattennachzug ebenso wie für die Zuwanderung von Spätaussiedlern und Juden aus der GUS. Diese privilegierten Gruppen können wir uns nicht nach Qualitätskriterien aussuchen, abgesehen einmal von der erst 2006 eingeführten „Integrationsprognose“ bei jüdischen Zuwanderern. Jenseits dieser Gruppen ist die Zahl der Einwanderer im engeren Sinne im Jahr 2005 auf maximal 20.000 geschrumpft. Das ist der eigentliche, lächerlich kleine Steuerungsbereich. Vor allem für die Wirtschaft mit ihrem steigenden Fachkräftebedarf ist er völlig inakzeptabel. Gleichzeitig vergeuden wir das Arbeitskräftepotenzial der privilegierten Minderheiten unter den Zuwanderern.

### Wie meinen Sie das?

**Bade:** Stephan Kramer, der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, hat mir einmal erzählt, er könne ganze Symphonieorchester inklusive Dirigenten aus russisch-jüdischen Zuwanderern zusammenstellen. Stattdessen fahren diese hoch qualifizierten Menschen Taxi oder arbeiten als Hausmeister, ähnlich wie viele Feststoffphysiker oder Ärzte aus der früheren Sowjetunion. Wir erkennen ihre Examina nicht an und sparen bei berufsorientierten Eingliederungskursen. Gleichzeitig lamentieren wir über den Mangel an Musik- und Physiklehrern an den Schulen und darüber, dass in vielen Gegenden Ostdeutschlands die Gesundheitsversorgung zusammenbrechen wird, wenn die in die Jahre gekommenen Landärzte ihre Praxen schließen. Wenn wir jetzt noch die sozial verheerende Vernachlässigung der Gastarbeiterkinder in Bildung und Ausbildung hinzu nehmen, dann zeigt sich angesichts des demografischen Wandels und des künftigen Fachkräftemangels nur umso deutlicher, welch latent suizidale Migrations- und Integrationspolitik wir betreiben haben und zum Teil noch betreiben.

### Welche Integrationsmaßnahmen schlagen Sie für die bereits bei uns lebenden Zuwanderer vor?

**Bade:** Das, was ich schon vor Jahren immer wieder als „nachholende Integrationspolitik“ empfohlen habe: Erstens müssen mehr berufsspezifische Sprach- und Professionalisierungskurse angeboten werden, auch um die Social Performance dieser Menschen zu beschleunigen. Dabei sollten besonders Instrukteure mit Migrationshintergrund auftreten, die leichter Kontakt finden, selbst eine erfolgreiche Integrationskarriere hinter sich haben und selbst ein ermutigendes Vorbild geben können. Zweitens müssen wir begreifen, dass Menschen der zweiten oder dritten Generation in bildungsfernen Einwanderermilieus aufstiegsorientiert, aber entmutigt sind. Das sind meist keine Verweigerer, sondern Leute, die den Zug verpasst haben, weil sie keinen Fahrplan dafür hatten. Wir müssen diese Milieus durch Überzeugungsarbeit aufbrechen. Das geht nicht „Top down“, sondern nur „Bottom up“. Auch hier sind wieder „Ethnic Leaders“ mit erfolgreichem Werdegang gefragt. In den Maßnahmenkatalog gehören auch Fortbildungskurse für Kleinunternehmer, von denen viele erfolgreich zur Selbsthilfe gegriffen haben, als ihre Jobs in der Industrie weggefallen sind, denen aber für die Expansion ihrer Betriebe das Fachwissen fehlt.